

Ein Schritt in die falsche Richtung -

Argumente gegen eine Parteigründung

I. Die Ausgangslage

Laut einer jüngsten Umfrage im April 2004 fanden Sozialforscher der Bundeswehr (!) heraus, dass die Deutschen weniger Angst vor Krieg und Terror als vor Arbeitslosigkeit und Reformen haben. Sie machen sich demnach Sorgen um ihre Rente (59 Prozent), Absicherung bei Verlust ihrer Arbeit (54 Prozent), um die Krankenversicherung (53 Prozent) und um die Arbeitslosigkeit generell (ebenfalls 53 Prozent).

500.000 Menschen waren am 03. April dieses Jahres gegen den Sozialabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auf der Straße. Die Menschen sind sauer, die Aktionsgruppen gegen den Sozialabbau bekommen von den Menschen auf der Straße mehr Zuspruch als je zuvor und die Politikverdrossenheit erreicht neue Höchststände. Die Gelegenheit, die Menschen davon zu überzeugen, dass sie ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen und beginnen müssen sich zu wehren, ist so günstig wie nie. Und was fällt einem großen Teil der Linken dazu ein? Die Gründung einer neuen Partei.

Na herzlichen Glückwunsch! Obendrein wird es wohl eine Partei werden, die sich den alten Sozialdemokratischen Werten verpflichtet fühlt. Eine weitere kapitalkonforme Linkspartei also.

Die Verfallszeiten, die eine Partei braucht, um ihren Gründungsimpuls zu verlieren und völlig auf den Hund zu kommen verkürzen sich drastisch. Hat die SPD etwa 40 Jahre gebraucht, benötigten die Grünen gerade mal 12 Jahre. Unsere Prognose: Eine neue Linke Partei hat nach spätestens vier Jahren gründlich abgewirtschaftet.

Was viel schlimmer ist: Dort, wo sich eine Partei bildet, trocknet der Protest aus. Die Leute bleiben zu Hause, weil sie denken, dass sie ab jetzt von anderen vertreten werden. Immer noch glauben zu viele, ein Kreuzchen an der richtigen Stelle würde genügen. Dieses Kalkül geht nicht auf. Jedesmal mussten die Wähler erkennen, dass sie nichts anderes getan haben, als die Politikerkaste mit frischem Personal zu versorgen, das den selben Murks macht wie die Vorgänger.

II. Wie bringt man eine neue Gurkentruppe an die Macht?

Selbst wenn sie mit den besten Absichten gegründet wurde (was wir in den meisten Fällen zu bezweifeln wagen – aber gut, gehen wir einmal davon aus), vollziehen sich in einer Partei unvermeidlich Anpassungsprozesse an die "Realität", bis sie schließlich von den Altparteien kaum noch zu unterscheiden ist. Werden diese Anpassungsprozesse nicht vollzogen, dann verschwindet die Partei in der Versenkung.

Das wiederum geschieht aus mehreren Gründen:

1. Gescheiterte Karrieristen wittern frische Morgenluft. Sie steigen in die Partei ein, weil diese für sie nichts anderes als eine neue Aufstiegschance darstellt. Wenn sie dann erst einmal an den parlamentarischen bzw. ministeriellen Futtertrögen sitzen, geben sie lieber ihre Prinzipien auf, als sich vorzeitig von diesen zu verabschieden.
2. Eine Partei zu organisieren, Wahlkämpfe bestehen, politische Widersacher (innerhalb und außerhalb der Partei) zu bekämpfen etc. verschlingt ungeheure Energien. Man muss sich auf die Sphäre der Macht mit ihren ganz eigenen, teils miesen Spielregeln einlassen. Viele Gründungsmitglieder heißen das nicht gut und springen ab. Diejenigen, die übrig bleiben, werden immer mehr zu "Realpolitikern" und haben immer weniger Probleme damit, die ursprünglichen Grundsätze über Bord zu werfen.
3. Dieser Prozess verschärft sich noch einmal, wenn es um die Frage geht, mit anderen Parteien zu koalieren und dabei wichtige Grundsätze in den Koalitionsverhandlungen aufzugeben oder andernfalls auf die Machtbeteiligung zu verzichten. Dann heißt es: Machtverzicht oder Identitätsverlust. Über die zweite Möglichkeit muss man nicht viele Worte verlieren: Es ist eine weitere Gurkentruppe entstanden, die sich damit brüstet, die Grausamkeiten etwas weniger schlimm durchzuführen als die anderen. Wird dagegen der Machtverzicht erwogen, dann werden die Karrieristen bzw. "Realpolitiker" erst richtig aufdrehen und notfalls mit Austritt drohen. Diese Leute haben die unangenehme Eigenschaft, sich bis dahin der Öffentlichkeit bekannt gemacht zu haben und quasi das "Gesicht" der Partei darzustellen. Wenn sie wirklich austreten (was sie tun, wenn ihre Karriere nicht in einen lukrativen politischen Posten einmündet), dann verschwindet die Partei danach meist in der Versenkung.
4. Man mache sich keine Illusionen, dass es gelingen könnte, einen redlichen Menschen an die Front zu stellen. Die Medien bevorzugen nun einmal "Realpolitiker". Eine Sarah Wagenknecht (nur als Beispiel – über sie kann man natürlich streiten) wird zwar gern als Paradiesvogel und interessante Querulant interviewt oder zu Talk-Quasselrunden à la Christiansen eingeladen – das bringt Quote – aber ernst nimmt man sie nicht.

All diese Punkte konnte man Lehrstückhaft bei den GRÜNEN verfolgen. Wer längere historische Horizonte betrachtet, findet das gleiche bei der SPD. Muss man diese Erfahrung wirklich noch ein weiteres mal wiederholen?

Merke: Parteien und Politiker, die sich erst einmal im Staatsapparat festgesetzt haben, sind im gesellschaftlichen Leben nicht mehr verankert. Und diejenigen, denen das nicht gelingt, sind blitzschnell wieder verschwunden. Das Ergebnis ist das Gleiche: Viel Lärm, viel Arbeit und viel Zeitvergeudung für nichts.

III. In der Politik wird nichts wichtiges entschieden

Wie wir hoffentlich gezeigt haben, kann man mit einer Parteigründung nichts gewinnen, sondern bestenfalls viel Zeit verlieren. Wir möchten mit unserer Kritik aber noch ein Stück tiefer bohren.

Der Wunsch zur Gründung einer neuen Partei basiert auf der Vorstellung, dass die parlamentarische Form der Politik die einzig mögliche sei. Im Moment scheint es demnach, als seien die Parteien und ihre Politiker auf einem Irrweg, von dem man sie wieder abbringen muss.

Unseres Erachtens lautet die aktuelle Frage jedoch, was der Staat überhaupt noch leisten kann. Er ist in seiner Existenz unmittelbar abhängig von der Wirtschaft: "Das Steuermonopol ist zusammen mit dem Monopol der physischen Gewalt das Rückgrat dieser Organisationsform" schrieb der unverdächtige bürgerliche Theoretiker Norbert Elias über den Staat. Das Steuermonopol wird aber löchrig. Sobald in Zeiten der Globalisierung der Firmensitz nicht mehr vorgegeben ist, ist die Besteuerung keine souveräne Entscheidung des Staates mehr. Jeder Standort ist gleichzeitig ein Fluchtort und damit unterliegt die Steuerhoheit eines Staates einem tendenziellen Fall.

Die Einzelstaaten tun sich immer schwerer damit, gegen diese Logik der betriebswirtschaftlichen Steuerminimierung Steuern einzutreiben. Das ist der eigentliche Grund für den Sozialabbau. Immer stärker ist der Fiskus darauf angewiesen, jene zu schröpfen, die am leichtesten zu schröpfen sind: Die abhängig Beschäftigten und die Bezieher sozialer Leistungen (Arbeitslose, Rentner, Kranke, Sozialhilfeempfänger etc.). Dort hat er noch uneingeschränkten Zugriff. Je schwächer die Lobby der jeweiligen Betroffenen, um so mehr wird abgezockt. Mit seinen Maßnahmen drosselt er allerdings den Konsum und damit die Einnahmen der Unternehmen. Damit fallen aber in der nächsten Runde wieder die Steuerleistungen und die nächsten "Reformen" werden fällig.

Wenn man wirklich etwas verändern möchte, kann man in der Politik nichts gewinnen. Die wahre Vergesellschaftung der Menschen findet über den Markt statt. Hier geht es um Geld und nichts anderes. Die Menschen spielen dabei bloß als Leistungsanbieter oder als Konsumenten eine Rolle. Wer keine Leistungen anzubieten hat, wer weggespart oder durch Maschinen ersetzt wird, fliegt raus und wird immer mieser behandelt. Wer kein Geld zum Einkaufen hat, ist nicht erwünscht und wird ebenfalls schlecht behandelt. Daran wird von Seiten des Staates nicht gerüttelt.

Wahlen sind dazu da, damit sich das, was sich blind hinter dem Rücken der Menschen herstellt, nachträglich als freie Entscheidung darstellt. Die Menschen sollen Arbeitszeitverlängerungen, Gehaltskürzungen, Entlassungen etc. über sich ergehen lassen, bloß weil sie hin und wieder einen Stimmzettel ankreuzen dürfen. Vor den Wahlen verspricht die Politik das blaue vom Himmel. Jeder weiß, dass sie es nicht halten kann. Doch würde sie nichts versprechen, dann würde man gar nichts mehr von ihr halten. Probleme werden nur in Form eines gefälligen Programms vor den Wähler gebracht. Man glaubt, es sei zum eigenen Besten der Menschen, ihnen nicht alles zu verraten; es wäre falsch, sie mit Einzelheiten zu belästigen, denn eigentlich wünschen sie sich nur kleine Geschichten, die sie verstehen. Eine solche Politik vertritt nicht die Menschen, sondern sie verwaltet die Verhältnisse. Marode sind nicht die Funktionäre (die Politiker), sondern die ganze Funktion.

Das Vorurteil, dass Politik die Welt bestimmt, ist falsch. Und das wird immer offensichtlicher. Politik heute, das ist eine Verdummungsveranstaltung sondergleichen und daran wird auch eine neue linke Partei nichts ändern. Aber man kann die Bevölkerung bloß für so dumm verkaufen, wie sie auch ist. Eine wirklich freie Entscheidung beginnt erst dort, wo die Menschen erkennen, dass ihnen keine freie Entscheidung darüber zugestanden wird, sie aber eine haben wollen. Von Kalifornien bis Rumänien sinken die Wahlbeteiligungen. „Wir haben nichts zu entscheiden, warum sollen wir so tun als hätten wir“, fragen sich die Menschen – zu Recht.

IV. Auf zu neuen Ufern – anders Leben als die Karrieretypen in den Parteien und sonstwo

Die banalste aller ungestellten Fragen lautet: Warum sollen die Politikverdrossenen eigentlich nicht politikverdrossen sein? Die Verdrossenheit ist den Menschen nicht zu verübeln. Man sollte sich eher fragen, warum noch so viele zu den Wahlen gehen. Schlimmer als Politikverdrossenheit ist eine Politikgläubigkeit, die aus der Betriebsblindheit derjenigen herrührt, die immer noch glauben, man könne mit Stimmzetteln etwas beeinflussen. Natürlich befinden sich auch eine ganze Reihe unangenehmer Zeitgenossen unter den Nichtwählern. Aber auch und gerade dann kann es doch nicht unsere Aufgabe sein, die Wahlverweigerer wieder an die Urnen zu holen. Stattdessen müssen wir den Menschen zeigen, dass dem zerstörerischen Amoklauf der Wirtschaftsbosse und ihrer Politiker nur noch durch Protest auf der Straße entgegen gewirkt werden kann.

Man kann die Desillusionierung am politischen Betrieb auch als sehr befreiend empfinden.

Politikverdrossenheit muss man fördern und fordern. Und sie muss mit positiven Inhalten gefüllt werden, insbesondere mit einer breiten und grundlegenden Kritik an den wirtschaftlichen Verhältnissen und der Erkenntnis, dass die Menschen sich gemeinsam gegen das Unzumutbare wehren können und müssen. Es gibt für die Karrieristen in den Parteien nichts irritierenderes als Leute, die sich weigern am Rattenrennen um die Füttertröge in der politischen Arena (und anderswo) teilzunehmen. Für ein Leben und ein Zusammenleben jenseits des politischen Kasperle-Theaters.

Als niedrigschwelliges Angebot zur Nichtwahl haben wir übrigens einen alternativen Wahlzettel entwickelt, den man auf unseren Internet-Seiten herunterladen kann.